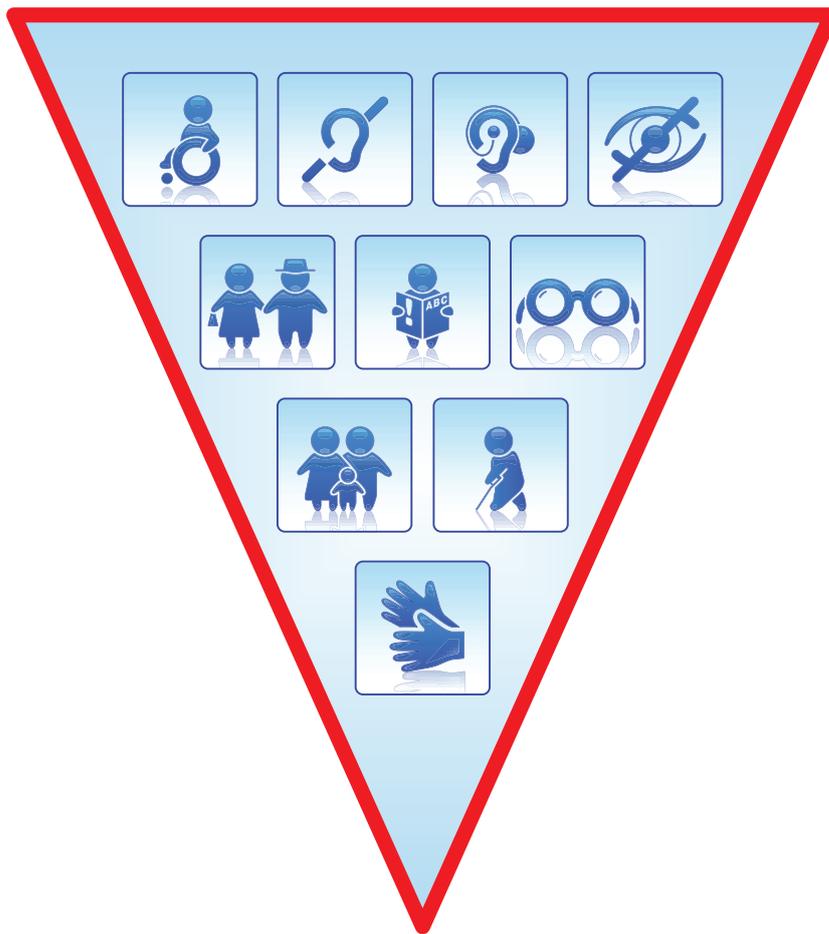


ACHTUNG



KLUSION

Das ist unsere 1. Ausgabe der Landeszeitung

„Achtung Inklusion“ ...

Natürlich haben wir im Vorfeld den „Sinn“ einer Zeitung erforscht! Zeitungen waren demnach früher „einkommende Nachrichten“, diese wurden abgelöst von „Druckschriften“. Bereits 1650 erschienen die „Einkommenden Zeitungen“ in Leipzig, aber die Landesfürsten erhoben eine Zensur und brachten 1727 die „Intelligenzblätter“ heraus ...! Erst die Revolution brachte 1848 die Pressefreiheit! Das reicht dann wohl!

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, natürlich parteiungebunden und ohne Zensur, für die Menschen mit und ohne Behinderungen in Niedersachsen eine Landeszeitung auf den Markt zu bringen. Sie soll informieren und Fragen, Wünsche und Forderungen aussprechen! Wir hoffen, dass wir damit auch Ihre Interessen wecken können und dass unsere Landeszeitung auf Gehör stößt!

Wir wünschen uns, dass Sie reagieren, uns mitteilen, was gefällt, wo Verbesserungen nach Ihrer Meinung erforderlich sind, und an welcher Stelle Sie sachliche Fehler feststellen mussten!

Die Redaktion freut sich, wenn auch aus ihren Reihen Frauen und Männer Bereitschaft erkennen lassen, für unsere Landeszeitung im Redaktionsteam mitzuarbeiten beziehungsweise Artikel zur Verfügung zu stellen, denn wir möchten ja aus allen Bereichen des Landes berichten!

Wir als Redaktionsteam würden uns freuen, wenn auch vereinzelt Lob für unsere Arbeit erteilt wird.

Fazit:

Es war eine enorme Arbeit, diese Landeszeitung auf den Weg zu bringen. Nicht nur inhaltlich! Wir mussten, um auch Spenden empfangen zu dürfen, zunächst einen „Verein“ gründen. Dann galt es, die großen Entfernungen der Redaktionsmitglieder - von Lüneburg bis Northeim, von Meppen bis Helmstedt - zu überwinden. Und nicht zuletzt, die zahlreichen zielführenden Diskussionen zum eigentlichen Inhalt der Landeszeitung. Wir haben uns aber zu keinem Zeitpunkt vom Weg abbringen lassen! Unser Ziel, eine Zeitung zu gestalten, hat uns stets beflügelt!



Alle sagten, das geht nicht ...
Dann kam ein Team, das wusste das nicht,
und hat es einfach gemacht.

So war es dann wohl!

Information ist Energie

Heute halten Sie und ich die erste Ausgabe „Achtung Inklusion“ von den kommunalen Behindertenbeiräten und -beauftragten in Niedersachsen in den Händen. „Nicht ohne uns über uns“ wurden Themen von den Expertinnen und Experten in eigener Sache erarbeitet und veröffentlicht. Ich bin zuversichtlich, dass die wertvollen Informationen und Impulse hilfreich in die Arbeit von und für Menschen mit Behinderungen einfließen. Auf breiter Ebene wird daran gearbeitet, Menschen mit Behinderungen die uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Das Ziel ist, dass das Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen zur Selbstverständlichkeit wird. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, kann Inklusion nicht nur gelingen, sondern wird selbstverständlich und ist für uns alle gewinnbringend.



Inklusion heißt für mich Chancengleichheit - insbesondere die umfassende Teilhabe - in allen Lebensbereichen für Menschen mit Behinderungen. Inklusion heißt Vielfalt begrüßen und annehmen. Inklusion bedeutet auch, zugehörig sein. Eine barrierefreie Umwelt, verständliche Sprache, gemeinsames Leben, Lernen und Arbeiten nützt allen Menschen.

Vergessen Sie Berührungsängste und Hürden in den Köpfen. Lassen Sie sich ein auf Inklusion. Oft sind es nur Kleinigkeiten, die die Chance zur Teilhabe, beispielsweise am Berufsleben für Menschen mit Behinderungen, verbessern können. Aber es braucht natürlich auch große Maßnahmen wie barrierefreie Wohnungen, Fahrstühle und Leitsysteme für Blinde bzw. für Menschen mit Sehbehinderungen.

Bei allen Handlungen ist der Blick für die Bedürfnisse des jeweils anderen gefordert. Als Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen setze ich mich dafür ein, dass barrierefreie einfache Zugänge in allen Lebensbereichen geschaffen werden.

Die Zeitschrift „Achtung Inklusion“ zeigt eindrucksvoll und mit vielen Informationen, dass es möglich ist, Inklusion zu leben, Chancen zu sehen und diesen Weg mit viel Energie gemeinsam zu gehen.

A handwritten signature in blue ink that reads "Petra Wontorra". The signature is fluid and cursive.

Ihre Petra Wontorra
Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen.

Vorstellung „Niedersächsischer Aktionsplan 2017/2018“ Redationsteam vor Ort in Hannover



Stehend von links nach rechts: Hans-Werner Eisfeld, Peter Gläser, Sozialministerin Cornelia Rundt, Elfriede Bähje, Christine Preschel.

Sitzend von links nach rechts: Petra Wontorra, Monika Nölting.

Auf dem Foto fehlen: Claudia Möller und Reinhold Krull.

Ein Artikel zur IST-Analyse vom Behindertenbeauftragten der Stadt Meppen, Walter Teckertm aus der Druckschrift:

Meppen - auf dem Weg zur inklusiven Stadt

Beginnen möchte ich mit den baulichen Maßnahmen. Hier nimmt Meppen in Niedersachsen eine Vorreiterrolle ein.

Allein durch die Erneuerung der Fußgängerzone mit Einrichtung des Blindenleitsystems wird eine breitere Ausrichtung auf alle Behinderungsbereiche erzeugt. Diese Umbaumaßnahme hat aber auch das Leben hinsichtlich der Inklusion gestärkt. Was in früheren Jahren nicht so selbstverständlich war, sehen wir heute immer mehr. Menschen jeden Alters, Behinderte, Kinder und Senioren in der Fußgängerzone, die sich unterhalten und miteinander spielen.



Walter Teckert,
Beauftragter für Menschen mit Behinderungen in Meppen

Auch die Hochbauten, die in den letzten Jahren in Meppen errichtet wurden, belegen, dass die Barrierefreiheit sehr hoch angesiedelt ist. Auch dies belegt, dass öffentliche Gebäude und deren Betreiber die Menschen mitnehmen wollen und zu einem inklusiven Leben einladen.

Aber auch unser ÖPNV (ÖffentlicherPersonenNahVerkehr) lädt ein, diesen inklusiv zu nutzen. Es sind zwar nicht alle Haltestellen nach den barrierefreien Standards umgebaut, doch hier ist die Stadt am Ball, dass dies bis zum Jahr 2022 gelingt. Der Busunternehmer steht dazu, dass er nur noch Busse anschafft, die der Norm „Barrierefrei“ entsprechen.

Der nächste Punkt wäre unser Bahnhof! Nach vielen Jahren der Planung und des Bauens ist es Anfang Juli so weit. Ab dann kann die komplette Anlage barrierefrei und inklusiv von allen ohne Einschränkung genutzt werden. Hier wurde versucht, alle unterschiedlichen Behinderungen zu berücksichtigen. Dieses ist gut gelungen.

Auch im Straßenverkehr macht sich ein Umdenken breit. Es werden immer mehr Ampeln mit einer Akustik-Anlage versehen, um hier Blinden und Sehbehinderten eine gefahrlose Teilnahme am Verkehr zu ermöglichen.

(Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Verfassers)

Interview

Uwe Schwarz - Landtagsabgeordneter und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

01 Frage: Seit wann „leben“ Sie Sozialpolitik im Landtag?

Ich bin seit 1986 SPD-Landtagsabgeordneter und damit einer der dienstältesten Landtagsabgeordneten. Seit dieser Zeit habe ich mich der Sozialpolitik verschrieben.

02 Frage: Herr Schwarz, was ist Ihr Grundverständnis für „Soziales Handeln“?

Wer wie ich in schlichten sozialen Verhältnissen aufgewachsen ist und seine Verwaltungslaufbahn erst auf dem II. Bildungsweg absolvieren konnte, ist für erkennbare Ungerechtigkeiten, die häufig unverschuldet sind, besonders sensibilisiert und deshalb bestrebt, diese zu beseitigen. Mein persönlicher Werdegang war stets Motivation zum sozialen Handeln!

03 Frage: Wann beschließt der Landtag den „Aktionsplan“?

Da es sich um eine sogenannte „administrative Angelegenheit“ handelt, beschließt nicht der Landtag, sondern das Landeskabinett. Dieses wird Anfang 2017 den Aktionsplan verabschieden.

04 Frage: Wie bewerten Sie den Entwurf zum „Bundesteilhabegesetz“?

Niemand wird schlechter gestellt als bisher. Es werden gute Ansätze festgeschrieben, wenn zum Beispiel die Behindertenhilfe aus der Sozialhilfe genommen wird. Die SPD-Landtagsfraktion wird zu diesem BTHG-Entwurf Änderungen formulieren, einen Entschließungsantrag in den Landtag einbringen und damit die Landesregierung auffordern, dieses Landtags-Beschluss in der 2. Lesung dieses Gesetzes im Bundesrat zu verabschieden.

05 Frage: Haben Sie ein Hobby und bleibt auch Zeit dafür?

Mein erklärtes Hobby ist eigentlich der Schwimmsport, aber meine politischen Aktivitäten lassen nur noch eine begrenzte Ausübung zu. In zunehmendem Maße habe ich mich deshalb der Gartenarbeit, und da insbesondere der Blumenpracht, verschrieben. Der Zeitfaktor ist einfach tödlich.

06 Frage: Der Landtag beschließt viele soziale Gesetze. Finden Sie überhaupt noch die Zeit, die Umsetzung an der Basis zu begutachten?

Die UN-Konvention ist Auftrag für das Land Niedersachsen und für die Kommunen, die Inhalte in entsprechenden „Aktionsplänen“ zu formulieren und zu beschließen. Die niedersächsische Landesregierung unterstützt die Kommunen bei der Durchführung inklusiver Maßnahmen sowohl logistisch als auch finanziell. Beispielsweise darf ich feststellen, dass die Kommunen bei der Einrichtung inklusiver Schulen sowohl für die Errichtung barrierefreier Baumaßnahmen als auch für die Einstellung

qualifizierter Förderlehrer auskömmliche finanzielle Mittel zur Verfügung stellt. Seit 1981 bin ich in der Kommunalpolitik - Stadtrat und Kreistag - tätig und weiß deshalb um die Belange der Kommunen.

07 Frage: Sind Seniorenheime „herkömmlicher Art“ eigentlich noch zeitgemäß?

Nein, der Trend geht gegen die Seniorenheime „herkömmlicher Art“, weil die Menschen zunehmend selbstbestimmt leben wollen. Deswegen hat die Landesregierung das bisherige „Heimgesetz“ novelliert und das „Gesetz über unterstützende Wohnformen“ verabschiedet. Damit soll das Angebot unterstützender Einrichtungen (Wohngemeinschaften, betreutes Wohnen und Tagespflege) weiterentwickelt werden. Erstmals wird in diesem Gesetz auf Menschen mit Behinderungen Bezug genommen.

08 Frage: Wie könnte Ihre Lebensplanung aussehen? Wohngemeinschaft mit anderen, betreutes Wohnen oder doch Seniorenheim?

Zunächst möchte ich an dieser Stelle festhalten, dass ich hohen Respekt vor der Arbeit des Personals in den Seniorenheimen habe! Ich selbst allerdings möchte sehr gerne in meinem Haus, das in jeder Beziehung barrierefrei sein muss, selbstbestimmt leben!

09 Frage: Die Kommunen sind sehr aktiv im Handeln für Menschen mit Behinderungen. Stimmt das so uneingeschränkt?

Die UN-Konvention fällt in die Zuständigkeit der Kommunen. Die Kommunen müssen Inklusion, Barrierefreiheit, Teilhabe usw. in ihren Aktionsplänen fortschreiben. Allerdings muss ich an dieser Stelle auch feststellen, dass nicht alle Kommunen daran aktiv arbeiten.

10 Frage: Übernahme von Menschen mit Behinderungen auf 1. Arbeitsmarkt bei gleichzeitiger Bezuschussung aus dem „Budget für Arbeit“ - warum bremsen die Arbeitgeber trotzdem?

Der inklusive Arbeitsmarkt ist mangelhaft. Die Arbeitgeber gewähren, wenn überhaupt, minderwertige Tätigkeiten. Trotz Quotenregelung und „Budget für Arbeit“ wird eine Besserung nicht erkennbar.

11 Frage: Was passiert eigentlich an Ihrem Wohnort Bad Gandersheim bezüglich bestimmter Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen?

Besonders im Bereich der Barrierefreiheit werden seit 2015 bauliche Maßnahmen - um nur ein Beispiel zu nennen - durchgeführt. In aller Bescheidenheit darf ich darauf hinweisen, dass meine Ehefrau in Bad Gandersheim als Bürgermeisterin tätig ist.

12 Frage: Wird der umgebaute Landtag barrierefrei sein?

Natürlich wird der niedersächsische Landtag barrierefrei sein und damit eine Vorbildfunktion wahrnehmen!

13 Frage: Gibt es etwas in Ihrem sozialen Leben, was Sie heute anders machen würden?

Nein, gerade bezüglich meiner sozialen Ausrichtung kann ich durchaus sagen, dass es für mich „einfach toll“ war!

14 Frage: Gibt es im Landtag bei Sparmaßnahmen die Versuchung, auch und gerade im sozialen Bereich zu sparen?

Im sozialen Bereich hat es keine mir bekannten signifikanten Kürzungen jemals gegeben!

15 Frage: Würden Sie dieses „Leben“ - soziale Politik - noch einmal so leben wollen?

Aus tiefer Überzeugung würde ich auch heute für soziale Grundwerte eintreten und auch kämpfen. Deshalb antworte ich mit einem deutlichen „Ja“!

Sehr geehrter Herr Schwarz, die Landeszeitung „Achtung Inklusion“ dankt für dieses Interview. Wir wünschen Ihnen Gesundheit und soziale Schaffenskraft. Glück auf!



Von links nach rechts: Peter Gläser (Chef der Redaktion) und Uwe Schwarz (MdL)



Der SV Hemsen macht mobil

Mitfahrerbänke werden Nahverkehr nach Meppen verbessern

Wer auf dem Land wohnt und kein Auto hat, hat es schwer. Wenn dann auch kaum Busse fahren, ist man nicht selten auf verlorenem Posten.

Der SV Hemsen, ein kleiner Sportverein aus den Meppener Nordgemeinden, hat sich da was einfallen lassen. Er setzt auf Mitfahrerbänke.

„Diese Bänke sind keine zusätzliche Bushaltestelle“, sagt Hans-Dieter Schmidt, seines Zeichens Vorsitzender des SV Hemsen und selber stark gehbehindert. „Sie sollen ein Versorgungsdefizit schließen“.

Viele Senioren aus den Nordgemeinden hätten ein Problem, heutzutage in die Stadt zu kommen, denn dorthin, so Hans-Dieter Schmidt, müsse man kommen, um einzukaufen oder medizinische Untersuchungen vornehmen zu lassen.

In den Nordgemeinden selbst sei das nicht möglich, denn hier gebe es weder eine Einkaufs- noch medizinische Versorgungsmöglichkeit.

Die Mitfahrerbänke könnten dabei von Alt und Jung gut genutzt werden, so der SV Hemsen. Denn vorstellbar wäre es natürlich auch, jungen Personen, zumeist Müttern, die keine Möglichkeit hätten, mit ihren Kindern in die Stadt zu kommen, eine Mitfahrgelegenheit anzubieten.

Die Mitfahrerbank wäre ein Mosaikstein in einem Mobilitätskonzept, um das Leben in den Meppener Nordgemeinden attraktiver zu machen.

„Wir müssen auch bei uns auf dem Land in Hemsen etwas tun, um vor allem jungen und älteren Menschen das Leben leichter zu machen“, betonte Hemsens Vorstandsmitglied Ansgar Deters. Dazu gehöre eben das mobil sein können - und die Kommunikation: „auf den Bänken kommt man ins Gespräch“.

„Wir möchten den hier wohnenden Menschen die Möglichkeit geben, von A nach B zu kommen, ohne auf den Bus warten oder jemanden fragen zu müssen, wer einen fährt“.

Der SV Hemsen versucht mit der Mitfahrerbank ein Modell zu installieren, das bereits im süddeutschen Raum funktioniert.

Gesetze, Verordnungen, Initiativen und Projekte ... geht es Ihnen auch so oder ähnlich?

Wir planen Rampen für die Schulen und barrierefreie Bushaltestellen, Begegnungsstätten für Menschen mit und ohne Behinderung. Wer plant eigentlich, ob eine Schule inklusiv ist, wird das Budget für Arbeit angewendet, wer darf überhaupt E-Scooter befördern und werden barrierefreie Wohnungen für lebensältere Menschen mit Behinderungen geplant?

Inklusive Schule: Der Landtag hat 2012 das Gesetz zur Einführung inklusiver Schulen beschlossen. § 4: Die öffentlichen Schulen ermöglichen einen barrierefreien und gleichberechtigten Zugang und sind damit inklusive Schulen. Übergangweise können zunächst Schwerpunktschulen gebildet werden.

Inklusion vor Ort: Ab 2016 können gemäß einer Richtlinie Zuwendungen zur Förderung von Inklusionsprojekten auf der kommunalen Ebene gewährt werden. Die Beispiele der Förderung reichen von Infrastrukturmaßnahmen über innovative Wohnformen und Beteiligung an Arbeit bis zu Kultur, Freizeit und Sport.

Heimgesetz, jetzt Gesetz über unterstützende Wohnformen: Nunmehr mit dem Hinweis auf Menschen mit Behinderungen und neuen Wohnformen.

Wohnraumversorgungskonzept: Im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues sollen insbesondere auch Wohnungen für Menschen mit Behinderungen geschaffen werden. Das Land wird sich daran finanziell beteiligen.

Budget für Arbeit: Dieses Modell ist eine Eingliederungshilfe im Rahmen des persönlichen Budgets. Damit soll der Start auf dem 1. Arbeitsmarkt erleichtert werden.

E-Scooter: Sowohl die Gesetzeslage als auch die Anwendungen sind in den Bundesländern sehr unterschiedlich, was die Beförderung in den öffentlichen Verkehrsmitteln betrifft. Hier ist dingender Handlungsbedarf notwendig!

Barrierefreie Bushaltestellen: Das Land zahlt bis zu 75 % für jede Baumaßnahme. Es ist gesetzlich festgelegt, dass die Kommunen vorab eine Stellungnahme beim örtlich zuständigen Beirat für Menschen mit Behinderungen einzuholen haben, bevor die Landesnahverkehrsgesellschaft eine Genehmigung erteilt und den Zuschuss gewährt.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Aufstellung kann gerne von Ihnen ergänzt werden. Berichte über „Erlebnisse“ bei Anwendung dieser Gesetzmäßigkeiten können wir auch wunschgemäß in der Landeszeitung veröffentlichen.

Echtzeitfahrgastinformation

Das Projekt im Großraum Braunschweig ist ein vom Land Niedersachsen gefördertes regionales Projekt für die drei kreisfreien Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg sowie die fünf Landkreise Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel, und allen Busunternehmen in der Region. Ziel ist, dass alle Busse und Straßenbahnen in die Lage versetzt werden, Fahrzeiten in Echtzeit zu erzeugen, um diese dann Fahrgästen auf unterschiedlichsten Wegen zur Verfügung stellen zu können, bspw. über Monitore in den Fahrzeugen, über dynamische Fahrgastinfor-mationsanzeiger (DFI), an den Haltestellen oder über elektronische Medien. Bis zum Jahr 2020 werden im Großraum Braunschweig rund 450 DFI-Anzeiger beschafft.



Quelle: Regionalverband Großraum Braunschweig

Zur Vorbereitung einer EU-weiten Ausschreibung fand am 04.04.2017 eine Präsentationsveranstaltung für DFI-Anzeiger auf dem Betriebsgelände der Braunschweiger Verkehrs-GmbH statt. Dort konnten die eingeladenen Vertreter der regionalen Behindertenvereine und kommunalen Behindertenbeauftragten sowie die teilnehmenden Kommunen und Verkehrsunternehmen aktuelle Anzeigertechnologien von LED über LCD und TFT bis hin zu modernen E-Paper-Displays von zwölf in- und ausländischen Herstellern selbst in Augenschein nehmen. Der Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e. V. (Regionalverein Süd-Ost-Niedersachsen) stellte Simulationsbrillen verschiedener Sehbehinderungen zur Verfügung, so dass sich alle Anwesenden in die Situation eines sehbehinderten Menschen hineinversetzen konnten. Von großem Interesse war die Vorlesefunktion „text to speech“ (TSS), um die Informationen barrierefrei auch für Sehbehinderte und Blinde zur Verfügung zu stellen.



Quelle: Regionalverband Großraum Braunschweig

Im Anschluss an die Veranstaltung wurden die vorgestellten Technologien von den Teilnehmern bewertet. Die Behindertenbeauftragten und -beiräte im Großraum Braunschweig werden nun gemeinsam eine Stellungnahme verfassen, welche die Anforderungen an die DFI-Anzeiger aus ihrer Sicht wiedergibt. Diese Anforderungen an die zu beschaffenden DFI-Anzeiger werden sodann in einem Lastenheft für die Ausschreibung festgeschrieben.

Mal eben so ...

Barrierefreie Bushaltestellen werden vom Regionalverband Großraum Braunschweig mit 12,5 % neben den 75 % des Landes gefördert, sodass lediglich noch 12,5 % von den Kommunen aufzubringen sind. Und wie ist das bei Ihnen?

Das Niedersächsische Heimgesetz wurde dahingehend geändert, dass jetzt Menschen mit Behinderungen aufzunehmen sind und ein Anspruch auf ein Einzelzimmer, auch für unseren Personenkreis, besteht. Wird das eigentlich überprüft?

In Badeanstalten gibt es Eintrittsermäßigungen für Rentner und Schwerbehinderte. Warum eigentlich nicht für Menschen mit Behinderungen? Auf Nachfrage der Redaktion haben das einige Kommunen bereits geändert!

Nutzer von E-Scootern werden häufig im Öffentlichen Personennahverkehr nicht befördert. Wann wird es eine einheitliche Regelung geben?

Der Sozialverband Deutschland wird anlässlich der bevorstehenden Wahlen - Landtag und Bundestag - die Wahllokale bezüglich der Barrierefreiheit überprüfen. Wir werden Sie in einer der nächsten Ausgaben über das Ergebnis unterrichten!

In den Sommerferien werden von kirchlichen und sozialen Verbänden häufig landesweit Freizeiten für Jugendliche angeboten. Nicht selten findet die Barrierefreiheit der Einrichtungen keine Berücksichtigung. Muss das so sein?

Der Erwerb einer „Jugendleiter-Card“ (JULEICA) kann auch von jungen Menschen mit Behinderungen erworben werden oder? Wir wissen, dass zum Beispiel in Northeim diese Möglichkeit besteht. Und wie es das bei Ihnen?

Immer mehr Kommunen bieten barrierefreie Stadtführungen an. Damit erhalten auch Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit, Sehenswürdigkeiten zu entdecken. Kommunen können nebenbei auch festgestellte Mängel bezüglich der Barrierefreiheit korrigieren. Kennen Sie aus Ihrer Kommune auch diese Variante einer Stadtführung?

Kennen auch Sie Mängel?

Dann schreiben Sie uns!

Die BSK LV auf dem Sportivationsstag in Salzgitter

Der Sportivationsstag als große Bühne für das Zusammentreffen von Menschen mit Behinderungen, ob Jung und Alt, die Sport treiben, bot dem BSK (Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter) die Möglichkeit, sich im Rahmen dieses Sportfestes für Menschen mit Lernbehinderung und Kindern mit und ohne Behinderungen, zu präsentieren.

Am 8. Juni trafen sich bis zu 900 Menschen im Stadion am Salzgittersee, um zusammen Sport zu treiben.

Seine Freude darüber bringt auch Karl-Heinz Mull, Vizepräsident des Behindertensportverbandes Niedersachsen zum Ausdruck. Forum Artikel 30 und der BSK treten bei diesem einzigartigen Fest der Begegnung als Kooperationspartner auf.

„Sport ist eine ideale Brücke in eine inklusive Gesellschaft und darum freuen wir uns hier mitzuwirken, um unsere Anliegen mit Athleten und Publikum besprechen zu können“, vermerkte hierzu Hans-Werner Eisfeld, der Leiter der LV Niedersachsen beim BSK.

Diese These zur Bedeutung des Sports im Inklusionskontext wurde auch durch politische Repräsentanten, wie dem Oberbürgermeister Klingebiel und dem Landtagsabgeordnete Gerhard Glogowski betont. Als Vorsitzender der Braunschweigischen Stiftung entbot Letzterer auch den vielen ehrenamtlichen Helfern ihren Dank. Der Behindertensportverband Niedersachsen konnte hiernach auf eine schöne Veranstaltung zurückblicken: Glückliche Sportlerinnen, ein gut unterhaltenes Publikum und der BSK, mit seinem Anliegen einer barrierefreien Gesellschaft, mittendrin.

C. A. Mohr



Inklusion, Barrierefreiheit und 1. Arbeitsmarkt

Beispiel: Landkreis und Stadt Helmstedt

Sowohl der Landkreis als auch die Stadt Helmstedt sind seit längerer Zeit bemüht, die Hoffnungen und Wünsche der Menschen mit Behinderungen Realität werden zu lassen!

Der Landkreis hat „seine Immobilien“ weitestgehend barrierefrei gestaltet, die inklusiven Schwerpunktschulen - Gymnasium und Realschule - werden barrierefrei umgebaut. Die Kreisvolkshochschule wird die „Leichte Sprache“ einführen, Rad- und Fußwege behindertengerecht umbauen, und demnächst wird die Planung für die Stelle eines/einer Inklusionsbeauftragten Realität.

Übrigens: Der Kreistag des Landkreises Helmstedt tagt nur noch in Räumlichkeiten mit nachgewiesener Barrierefreiheit, damit auch Menschen mit Behinderungen an diesen Sitzungen teilnehmen können! Passend dazu werden natürlich auch behindertengerechte Parkmöglichkeiten angeboten!

Die Stadt Helmstedt plant die Einstellung von Menschen mit Behinderungen in der Verwaltung und möchte die „leichte Sprache“ neben einem Angebot in der Stadtbücherei auch in der Verwaltung einführen. Im Angebot befinden sich barrierefreie Stadtführungen sowie der behindertengerechte Umbau des Helmstedter Bahnhofes - dort ist bereits ein behindertengerechter Toilettenbereich mit Nutzung durch Euroschlüssel vorhanden. Das Hallen- und das Freibad werden stetig den Bedürfnissen der Menschen mit Behinderungen angepasst. Vor einigen Wochen wurden außerdem die ersten barrierefreien Busse übernommen!

Auch in den weiteren Kommunen des Landkreises Helmstedt werden öffentliche Gebäude barrierefrei gestaltet, Sportheime und natürlich auch Dorfgemeinschaftshäuser den Bedürfnissen angepasst. Nach einer Umfrage des Beirates für Menschen mit Behinderungen konnte zusammenfassend festgestellt werden, dass fast sämtliche Badeanstalten den Erfordernissen der Barrierefreiheit gerecht werden!

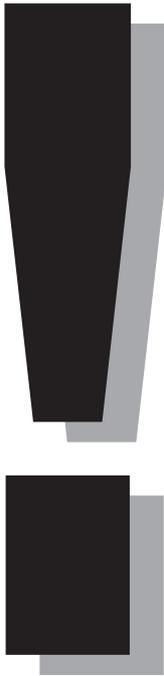
Der soziale Wohnungsbau wird auch in den Kommunen des Landkreises Helmstedt sehr stark in Anspruch genommen. Damit verbunden ist auch die Vorgabe, dass insbesondere barrierefreie Baumaßnahmen für Menschen mit Behinderungen gefördert werden sollen!

Sowohl der Landkreis als auch die Stadt Helmstedt haben damit den Beweis erbracht, sich nachhaltig für die Belange der Menschen mit Behinderungen einsetzen zu wollen! Verzögerungen scheitern nicht am Wollen, sondern manchmal „lediglich am fehlenden Geld“!

Die Redaktion meint an dieser Stelle feststellen zu dürfen, dass Landkreis und Stadt Helmstedt auf einem guten Weg sind!

Weiterentwicklung statt Moratorium bei Inklusion

Veröffentlicht am Montag, 28. August 2017 von Ottmar Miles-Paul



- Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e. V. (BSK)
- Landesverband der Schwerhörigen und Ertaubten Nds. e. V.
- DGB Niedersachsen-Bremen -Sachsen-Anhalt
- Sozialverband VdK
- Niedersächsischer Inklusionsrat von Menschen mit Behinderungen
- Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e. V.
- Gehörlosenverband Niedersachsen e. V.
- GEW
- Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen
- Behindertensportverband Niedersachsen e. V.
- Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben Niedersachsen
- SoVD - Landesverband Niedersachsen
- Grundschulverband
- Verband Bildung und Erziehung BVE
- Verband Sonderpädagogik vds
- Landeselternrat Niedersachsen.

Hannover (kobinet). Auf Initiative des Sozialverbandes Deutschland (SoVD) in Niedersachsen hat sich jetzt das „Bündnis Inklusion“ wiedergegründet. 17 Verbände und Organisationen versammeln sich hinter einer Forderung: „Weiterentwicklung statt Moratorium“. Auslöser für die Neugründung des schon 2011 zusammengeschlossenen Bündnisses war die Forderung des niedersächsischen CDU-Spitzenkandidaten Bernd Althusmann nach einer „Pause“ in der bildungspolitischen Inklusion. Einen Rückschritt schließen die beteiligten Verbände mit deutlichen Worten aus.

Ziel müsse sein, die fachliche und organisatorische Entwicklung der inklusiven Schule in einem parteiübergreifenden Konsens voranzubringen. Unter der Koordination des SoVD wird jetzt eine Resolution entwickelt, mit der das Bündnis Politiker aller Parteien überzeugen will.

Dem Bündnis gehören obige Mitglieder an:

Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung von www.kobinet-nachrichten.org/©2013 - 2017 kobinet e. V. Alle Rechte vorbehalten.

Inklusion

Es gibt keinen Startpunkt für die Inklusion.

Sie fängt überall an, hat aber nur ein Ziel.

Wenn jeder an einem Punkt anfängt, werden sich irgendwann alle gemeinsam am Ziel treffen.

„Wie mobil ist Niedersachsen“

SoVD überprüft die Barrierefreiheit in Bus und Bahn

Ortsverband hat die Strecke von Salzgitter-Bad nach Hannover getestet

Am 5. Mai hat der Sozialverband in Niedersachsen im Rahmen einer Sternfahrt nach Hannover landesweit die Barrierefreiheit in Bussen und Bahnen getestet.

Von Salzgitter-Bad aus haben sich Hans-Werner Eisfeld, Behindertenbeirat der Stadt Salzgitter und Sprecher der Menschen mit Behinderungen im SoVD-Kreisverband Salzgitter, mit einigen Mitstreitern auf den Weg gemacht um anhand einer Checkliste zu überprüfen, wie es um die Mobilität für Menschen mit Behinderung auf dieser Strecke steht. „Wir wissen, dass Menschen mit Behinderungen oft Probleme haben, wenn sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind. Hier fehlt eine Rampe, dort ein Aufzug, hier ein Leitsystem für Blinde. Deshalb haben wir uns auf den Weg nach Hannover gemacht und unterwegs alle Barrieren aufgezeichnet“, so Eisfeld.

Die Kommunen, die Länder und der Bund sind verpflichtet, bis 2022 barrierefreien Personenverkehr sicher zu stellen. Alle Teilnehmer der Sternfahrt haben unterwegs deshalb ihre Erkenntnisse genau registriert. „Wir wollten testen, wie weit die Barrierefreiheit bereits umgesetzt ist und aufzeigen, was noch zu tun ist“, erklärt Behindertenbeirat und SoVD-Sprecher Eisfeld.

Die landesweit gewonnenen Erkenntnisse wurden in Hannover auf einer übergroßen Niedersachsen-Karte markiert und im Rahmen der Kundgebung „5 vor 12“ präsentiert und diskutiert und dann der Landesregierung offiziell übergeben.

Behindertenbeirat und SoVD-Mitarbeiter auf der „Testfahrt“ von Salzgitter-Bad nach Hannover:



von links nach rechts: Christina Bender, Donald Cameron, Hans-Werner Eisfeld, Franz Bender, Lothar Uthardt, Ursula Schrader



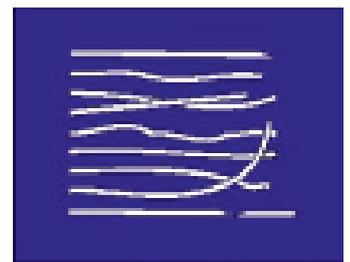
Redaktionsteam während der Redaktionssitzung im Inklusionscafe „Cafe Mezzo“ in Hannover, Lister Meile 4 - www.cafe-mezzo.de (es fehlt Christine Preschel)

Gefördert von

Petra Wontorra



Landesbeauftragte für
Menschen mit Behinderungen



Niedersächsischer Inklusionsrat
von Menschen mit Behinderungen

IMPRESSUM

Förderverein „Achtung Inklusion“ und Redaktion

Verantwortlich:

Peter Gläser (Chef der Redaktion)

Rehackerweg 6; 38368 Rennau

Tel.: 05356 658

E-Mail: peter-glaeser@t-online.de

Reinhold Krull (Stellv. Chef der Redaktion)

Borkhorner Weg 16; 49624 Lönningen

Tel.: 0171 1443613

E-Mail: reinhold.krull@t-online.de

Weiterer Mitarbeiter der Redaktion:

Elfriede Bähje (elfriede.baethje@t-online.de)

Hans-Werner Eisfeld (eisitrio@t-online.de)

Claudia Möller (claudia69moeller@gmail.com)

Monika Nölting (noelting@gmx.net)

Christine Preschel (christinepreschel@gmx.de)

Erscheinung: 3 - 4 mal pro Jahr - Auflage: 1.500